

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Raaser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rottenschen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Kriegsinvaliden und Unfallverletzte.

In den weitesten Kreisen der Bevölkerung wird allen Fragen, die mit der Fürsorge für die Kriegsverletzten in Zusammenhang stehen, großes Interesse entgegengebracht. Das ist ganz natürlich, denn bei dem riesigen Umfang unserer Heeresorganisation gibt es kaum eine Familie in Deutschland, die nicht mit der Möglichkeit rechnen muß, daß einer ihrer Angehörigen ein Objekt der Kriegsverletztenfürsorge werden könnte. So erstreckt dieses Interesse sich, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß es nicht dauernd in gleichem Maße rege bleiben wird. Wenn der Krieg beendet, unser Wirtschaftsleben wieder auf den Friedensstand zurückgeführt ist, dann wird mit manchem Ueberchwang, den die Kriegszeit hervorgerufen hat, auch das Interesse an den Opfern des Krieges erlahmen.

Das ist ein Vorgang, der in der Natur des Menschen begründet ist, und es hat keinen Zweck, Betrachtungen darüber anzustellen, ob er mit der Pflicht der Dankbarkeit zu vereinbaren ist, die das deutsche Volk den Opfern des Weltkrieges schuldet, die bei der Verteidigung des Vaterlandes ihre Gesundheit und ihre heilen Glieder eingebüßt haben. Die Erfahrungen der Vergangenheit müssen uns eine Lehre für die Zukunft sein. Je pessimistischer wir den Dingen gegenüber stehen, desto besser für die Kriegsinvaliden. Ihnen wäre nämlich ein recht schlechter Dienst erwiesen, wollten wir im Vertrauen auf den ewigen Dank, den ihnen das Vaterland schuldet, davon absehen, ihre Zukunft so zu sichern, daß sie auch für später unabhängig ist von der stärkeren oder schwächeren Regung des Dankbarkeitsgefühls.

Bei der Fürsorge für die Kriegsinvaliden wird der Hauptnachdruck darauf gelegt, sie für die Wiedereinordnung in das Wirtschaftsleben fähig zu machen. Und das ist gut so. Der Bestimmungsgrad der Verletzten, als ob sie nunmehr unbrauchbar geworden wären für das Erwerbsleben, muß bekämpft werden, und in der Tat gelingt es in sehr vielen Fällen, auch Schwerverletzte in die Fähigkeit wiederzugeben, nutzbringende Arbeit zu leisten. Die Literatur über die Kriegsinvalidenfürsorge wächst lawinenartig an, kaum ist es noch möglich, das ganze Gebiet zu übersehen. Besondere Beachtung finden begreiflicherweise die Darstellungen über die Erfolge der Bemühungen, verletzte Glieder zu heilen und ihnen durch geeignete Arbeitshilfen und zweckmäßige Übungen die Gebrauchsfähigkeit wiederzugeben. Solche Darstellungen können Augen schärfen; sie sind, ebenso wie die von unserem Verband veranstalteten Lichtbildvorträge, geeignet, den Mut der Verletzten zu heben. In der gleichen Richtung wirken auch die vielerorts eingerichteten Werkstätten zur Gewöhnung der Verletzten an die Arbeit. Das sind Faktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch eine gewisse Gefahr darin liegt, wenn die Ausichten der Bewümmelten für ihre künftige Wiederverwendungsfähigkeit in gar zu rosenfarbenen Tönen geschildert werden. Gewöhnlich kommen nur die günstigsten Erfolge zur Darstellung. Vorläufig fehlt es noch an statistischen Uebersichten, solche können auch aus begrifflichen Gründen zurzeit noch nicht aufgestellt werden. Aber wir fürchten, daß, wenn nach einigen Jahren ein Ueberblick über die Erfolge der Bemühungen, den Verwundeten ihre Erwerbsfähigkeit wiederzugeben, möglich ist, das Ergebnis enttäuschend wird. So sehr die Veranstaltungen zur Vorbereitung der Kriegsinvaliden für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit, die jede Förderung verdienen, zu begrüßen sind, so darf darüber ihre ausreichende Versorgung, die Sicherung ihrer Existenz, nicht vernachlässigt werden.

In den Schriften, die sich mit der Fürsorge für die Kriegsverletzten beschäftigen, begegnet man immer wieder der verwundlichen Klage, wonach sich die Objekte der Fürsorge zu sehr darauf verlassen, daß der Staat für sie sorgen müsse. Wenn sie auch bereit sind, die ihnen verbliebene Arbeitsfähigkeit auszunutzen, so erwarten sie doch eine gesicherte Anstellung im Dienste des Staates oder der Gemeinde. Diese Erwartung wird in der weitesten Zahl der Fälle getäuscht, denn die Zahl der verfügbaren Stellen reicht natürlich nicht aus, die Wünsche zu berücksichtigen. Aber die Sehnsucht der Verletzten, auf dem ferneren Lebensweg von dem mehr oder weniger großen Wohlwollen der Unternehmer unabhängig zu werden, ist doch bezeichnend. Die meisten von ihnen sind bemüht, wenn ihnen Gelegenheit wurde, daß die Hoffnung auf eine Anstellung vergeblich ist, sich die erforderliche Handfertigkeit anzueignen, um wieder einen Platz im Wirtschaftsleben auszufüllen; aber wir dürfen ruhig zugeben: nur verhältnismäßig wenige werden das Ziel erreichen, ein vollwertiger Arbeiter in dem früheren oder in dem neu-eröffneten Beruf zu werden.

Wenn man den pathetischen Verwünschungen der Unternehmerorganisationen trauen wollte, dann dürfte sich auch den verdrängten Erwerbslosen eine Erziehung in den Betrieben bieten. Man wird aber auf die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Schon jetzt liegen Wahrnehmungen vor, die darauf schließen lassen, daß viele Unternehmer

die Beschäftigung von Kriegsverletzten nur unter dem Gesichtspunkt des Vorteils betrachten, den das Unternehmen daraus zieht. Und wenn erst einige Jahre ins Land gegangen und das jetzt noch vorherrschende Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Opfern des Krieges erlaltet ist, dann dürften sich die Verhältnisse für die Verletzten noch ungünstiger gestalten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neben der Förderung der Erwerbsfähigkeit der Kriegsverletzten auch ihren Renten bezüglichen die erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Damit ist es keineswegs glänzend bestellt. Die Rente richtet sich nach dem Grade der Erwerbsfähigkeit und ist abhängig von dem Dienstgrad des Verletzten. Bei völliger Erwerbsfähigkeit erhält der Feldwebel jährlich 960 M., der Sergeant 720 M., der Unteroffizier 600 M. und der Gemeine 540 M. Bei teilweiser Erwerbsfähigkeit wird nur ein entsprechender Teil dieser Sätze gezahlt, und die Rente kommt ganz in Fortfall, wenn die Erwerbsbeschränkung weniger als zehn Prozent beträgt. Zu jeder Rente kommt die Kriegszulage von monatlich 15 M., und schließlich wird noch die Bestimmungszulage gewährt, die bei Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 M. und bei Erblindung beider Augen 54 M. beträgt. Diese Rentenansprüche des Kriegsverletzten sind so gering, daß er schon deshalb gezwungen ist, einen Erwerb zu suchen, um sein Leben zu fristen. Die Höhe der Rente kann geändert werden, wenn in den Verhältnissen, welche für die Bewilligung maßgebend waren, eine wesentliche Veränderung eingetreten ist. In dieser Hinsicht ähneln die in Frage kommenden Bestimmungen denen der Unfallversicherung, und es ist sehr naheliegend, daß den Kriegsinvaliden die Aussicht droht, den Kampf um die Rente in ähnlicher Weise führen zu müssen, wie ihn so viele Unfallverletzte zu führen gezwungen sind.

Zunächst freilich wird man alles vermeiden, was so geachtet werden könnte. Aber die Erfahrungen, die man in der Unfallversicherung gemacht hat, die Fortschritte, die hier in der Kunst, die Renten herabzudrücken, erzielt wurden, müssen uns als Warnung dienen, gar zu vertrauensselig zu sein. Die preussische Regierung hat vor einiger Zeit einen Erlaß an die Oberpräsidenten herausgegeben, in welchem auf die sogenannte Rentenpsychose hingewiesen wird. Mit diesem Ausdruck bezeichnet man eine trankhafte Geistestätigkeit, die durch unsere soziale Versicherung hervorgerufen wurde. Sie kennzeichnet sich durch die Sucht, eine Rente zu erlangen, für welche die entscheidenden Stellen ein Bedürfnis nicht anerkennen. Bei dem Fleiß, den insbesondere die Berufs-genossenschaften auf die Herabdrückung der Unfallrenten verwenden, und der Unterstützung, die sie hierbei seitens gefälliger Vertrauensärzte finden, ist es erklärlich, daß letztere häufig eine Rentenpsychose feststellen, wo objektive Beurteiler zu ganz anderen Resultaten gelangen.

Die Regierung rechnet damit, daß die Rentenpsychose bei der Durchführung der Fürsorgebestrebungen eine hindernde Rolle spielen wird. In ihrem Erlaß weist sie darauf hin, daß die Arbeitgeber zur Gewährung einer bestimmten Lohnhöhe an die Kriegsverletzten nicht beeinflusst werden können, es stehe aber fest, daß eine Kürzung der gesetzlichen Versorgungsgebühre durch Anrechnung des Verdienstes unzulässig ist. Eine Minderung oder Entziehung der Rente kann stets nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. Die die Festsetzung der Versorgungsgebühre allgemein in wohlwollender und weitherziger Weise erfolgen wird, so sind auch die zuständigen Stellen ersucht worden, im Interesse der Erleichterung eines ungehinderten Ueberganges in die bürgerlichen Verhältnisse und mit Rücksicht auf eine unter Umständen längere Berufsausbildung und Eingewöhnung der Kriegsinvaliden die Fristen für die Nachprüfung der Versorgungsansprüche nicht zu kurz zu bemessen.

Aus diesem Erlaß geht hervor, daß die maßgebenden Stellen wohl erkannt haben, worum es ankommt. Sie wünschen, die Invaliden und ihre Angehörigen über die Sorge zu beruhigen, daß die Renten in gar zu kurzer Frist gekürzt oder entzogen werden können. Diese Erklärung kann beruhigend wirken, der Erfolg wäre aber größer, wenn die Gedanken des Erlasses in bestimmter umschriebener Form Gesetzeskraft erlangen würden. Ein Ministerialerlaß ist, auch wenn er Wohlwollen und Milderkeit anzeigt, doch eine etwas unsichere Grundlage. Er kann durch einen anderen Erlaß ganz außer Kraft gesetzt werden, oder die unbestimmten Begriffe können eine Erläuterung erfahren, die sie in ihr Gegenteil verkehren. Das muß nicht eintreten, aber es ist denkbar. Deshalb sollte man das Eisen schmieden, solange es warm ist, und auf eine Revision der Gesetze über die Kriegsinvalidenversorgung drängen. Die Rentenfrage müßte unseres Erachtens erörtert, und bei ihrer Festlegung müßte Rücksicht genommen werden auf das Einkommen, welches der Verletzte vorher in seinem bürgerlichen Beruf erzielt hat. Wenn man darauf festhalten will, daß bei veränderten Verhältnissen die Rente arderweitig festgesetzt werden kann, dann müßten zum mindesten längere Fristen vorgegeben werden, binnen deren

eine Herabsetzung der Rente ausgeschlossen ist. Auf diesem Wege ließe sich der Rentenpsychose wirksam vorbeugen.

Das warme Interesse, das sich gegenwärtig den Kriegsinvaliden zuwendet, läßt es zweckmäßig erscheinen, auch auf die schweren Mängel hinzuweisen, unter denen die Invaliden der Arbeit leiden. Die Befürchtung liegt nahe, daß die an sich sehr berechtigte Fürsorge für die Kriegsinvaliden zu einer Benachteiligung der Unfallverletzten führt. Es wäre ein recht unerwünschter Zustand, wenn etwa diese bei der Wiederbeschäftigung in den Betrieben zugunsten der Kriegsverletzten zurückgesetzt würden. Die beste Lösung wäre eine möglichst gleichmäßige Behandlung beider Kategorien von Verletzten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge kümmert sich kein Mensch um den Unfallverletzten, der durch die Art seiner Verletzung für seinen seitherigen Beruf unbrauchbar geworden ist. Die Berufsausbildung der Kriegsverletzten weist den Weg, auf dem man auch den Unfallverletzten zu Hilfe kommen kann.

Bei der Rentenfestsetzung wird, in der Regel rein schematisch, der Grad der Erwerbsbeschränkung festgestellt, ohne daß darauf Rücksicht genommen wird, ob der Verletzte instande ist, den Rest der ihm verbliebenen Erwerbsfähigkeit nutzbringend zu verwerten. In der Fürsorge für Kriegsverletzte gilt jetzt der Grundsatz, daß der Invalide, der für seinen seitherigen Beruf unbrauchbar geworden ist, möglichst instand gesetzt wird, einen anderen Beruf zu ergreifen. Der gleiche Grundsatz könnte auch für die Unfallverletzten gelten. Man greife, denen man die für die Kriegsverletzten geschaffenen Einrichtungen nutzbar machen könnte.

Ungerecht und inhuman ist die Bestimmung in der Unfallgesetzgebung, daß der Verletzte nur zu zwei Dritteln der durch den Unfall erlittenen Einbuße an Erwerbsfähigkeit in Gestalt der Rente entschädigt wird. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die soziale Lage des Unglücklichen, der in seinem Beruf einen Unfall erlitten hat, durchaus herabgedrückt werden. Das Gesetz sagt zwar nichts davon, daß der Verdienst einen Einfluß auf die Höhe der Rente haben soll, sobald jedoch der Lohn des Verletzten steigt, oft genug auch, ohne daß eine Steigerung eingetreten ist, wird aber die Rente herabgesetzt. Sinkt jedoch der Lohn, oder ist der Verletzte überhaupt nicht in der Lage, einen Erwerb zu finden, dann läßt dies die Berufsgenossenschaft kalt. Da ist der vom Vertrauensarzt festgestellte Grad der Erwerbsfähigkeit maßgebend. Wie aufreizend wirken die unaufhörlichen Versuche, die Rente herabzudrücken und die häufig dafür gegebene Begründung, daß sich der Verletzte an seinen Zustand gewöhnt habe. Diese ewige Beunruhigung der Opfer der Unfallfürsorge ist die Wurzel, auf der die „Rentenpsychose“ wächst.

Das wenig beneidenswerte Los der Unfallverletzten blüht nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung auch den Kriegsverletzten. Das ist ein Grund dafür, daß diejenigen, die es gut mit ihnen meinen, die Kriegsverletzten von der Fürsorge der Berufsgenossenschaften, der Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, verschont wissen wollen. Trotz oder auch wegen der großen Erfahrungen, die die Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete haben. Die Entwicklung, welche die Unfallversicherung genommen, sollte der Fürsorge für die Kriegsinvaliden als Warnung dienen. So wertvoll die seitherigen Ansätze auf diesem Gebiete auch sind, so darf darüber nicht vergessen werden, daß eine Verbesserung der Gesetze notwendig ist, welche die Zukunft der Kriegsinvaliden sichert. Unter den gleichen sozialen Gesichtspunkten, nach denen das Mannschaftenversorgungs-gesetz reformiert werden muß, muß auch eine Reform der Unfallversicherungsgesetzgebung vorgenommen werden.

Neue Steuern.

Der ungeliebte Krieg legt den Völkern Europas ungeheure Lasten auf. Aus riesenhafter gehen die Blutopfer, aber auch die gesamte Volkswirtschaft wird auf die schwerste Belastungsprobe gestellt. Gar viele Kulturaufgaben blieben im Frieden unausgeführt, weil man vor den großen Kosten zurückschreckte. Der Krieg hat bewirkt, daß man heutzutage mit ganz anderen Maßstäben mißt. Anselichts der gewaltigen Summen, die der Krieg Tag für Tag verschlingt, erscheinen die Ausgabenposten in der Friedenswirtschaft des Reiches verhältnismäßig klein. In den letzten Jahren vor dem Krieg erforderte der Reichshaushalt eine Summe von rund 3 1/2 Milliarden jährlich. Die Reichsschuld betrug vor dem Kriege rund 5 Milliarden, und ihre Verzinsung erforderte im letzten Friedensjahre 240 Millionen Mark. Das waren Summen, die uns ungeheuer hoch dünkten. Aber inzwischen kam der Krieg, der eine monatliche Ausgabe von 1 1/2 bis 2 Milliarden erfordert.

Die aufgenommenen Anleihen des Reiches erforderten im vorigen Jahre an Verzinsung und Tilgung schon die ungeheure Summe von 1286 Millionen Mark. Im neuen Reichsetat sind aber für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld bereits 2303 Millionen Mark eingestellt, also rund 2 1/2 Milliarden. Dieser Posten wächst mit der Dauer des Krieges unheimlich, und es ist ein schlechter Trost, daß die Kriegsausgaben der feindlichen Länder noch größer sind. Zu den Kosten der Kriegführung kommen aber noch die Ausgaben für Invalidenrenten, Witwenpensionen, Entschädigungen

gungen usw., die noch nicht in Rechnung gestellt sind, aber nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge auf mindestens 3000 Millionen jährlich veranschlagt werden können.

Die Regierung hatte die Absicht, die Neuregelung der Reichsfinanzwirtschaft bis nach dem Krieg zu verschieben. Ganz konnte sie aber diese Absicht nicht durchführen.

- Gesetz über die Erhöhung der Tabakabgaben, Quittungstempelgesetz, Gesetz über eine mit den Postgebühren zu erhebende Reichsabgabe, Gesetz über den Frachtkundenstempel und seine Ausdehnung auf Stückgüter.

Von diesem ganzen Steuerbuckel ist nur die Kriegsgewinnsteuer geeignet, Zustimmung zu wecken, aber auch nur soweit, als darin das Prinzip zur Geltung kommt, daß von den riesigen Kriegsgewinnen ein Teil an das Reich abgeführt werden soll.

Von Sachverständiger Seite ist berechnet worden, daß bei einer durchschnittlichen Besteuerung des Kriegsgewinnes mit 12 1/2 Prozent ein Ertrag von 1400 Millionen Mark erzielt werden kann.

It somit der Kriegsgewinnsteuer grundsätzlich zuzustimmen, so wäre es bezüglich der anderen Steuervorlagen am besten, die Regierung würde sie vor der Beratung zurückziehen.

Bei der großen Bedeutung der Tabakindustrie würden sich die schlimmen Folgen weit über den Kreis der Angehörigen dieser Industrie hinaus bemerklich machen.

Die Regierung war bei der Einbringung dieser Steuervorlagen schlecht beraten. Sie sind für einen Reichstag, der es als seine Aufgabe betrachtet, die Interessen des Volkes zu schützen, unannehmbar.

Die Arbeiterschaft steht keineswegs auf dem Standpunkt, daß Steuervorlagen der Regierung grundsätzlich bekämpft werden müssen.

Es fragt sich nur, welche Steuern zu bewilligen sind. Und da sagen wir: der Arbeiter, der dem Vaterlande sein Leben und seine Gesundheit zum Opfer gebracht, der mit starker Hand den Feind von den Grenzen ferngehalten hat, hat damit seine Schuldigkeit in vollem Maße erfüllt.

Steuern müssen aufgebracht werden, aber nicht durch Belastung des Verbrauchs und des Verkehrs, sondern in erster Linie durch angemessene Heranziehung von Vermögen und Einkommen.

desstaaten und Gemeinden überlassen. Bei der notwendigen Neuordnung der Finanzen wird dieser Grundsatz verlassen werden müssen, und wenn bei der Gelegenheit das gesamte Steuerwesen in Reich, Staat und Gemeinde nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt wird, dann kann das nur von Vorteil sein.

Die Steuerlast, die das deutsche Volk zu tragen haben wird, ist so groß, daß man bezweifeln darf, ob es möglich sein wird, den ganzen Bedarf auf dem Wege der direkten Besteuerung zu decken.

Aber die Frage, ob und welche indirekte Steuer vom Standpunkt der Arbeiterschaft annehmbar wäre, ist noch gar nicht spruchreif. Die 500 Millionen, die der Reichsschatzsekretär zunächst braucht, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, sind mit leichter Mühe aus Vermögen und Einkommen zu ziehen.

Wenn es den maßgebenden Stellen ernst ist mit der in Aussicht gestellten Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege, dann wäre hier die beste Gelegenheit geboten, den guten Willen zu zeigen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Königsberg i. Pr. wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. April 90 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 28646 Wilhelm Reichenberg, Tschl., geb. 23. 1. 67 zu Nech. 282473 Gustav Brinckhoff, Tschl., geb. 23. 12. 69 zu Dornern. Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Die Holzarbeiter im Kriege.

Kollege Karl Hermannsdörfer-Münberg, der zurzeit als Pfeifendweibel bei einem Artillerieregiment im Felde steht, schreibt uns:

Die Veröffentlichungen über gefallene Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes und über Auszeichnungen, die in fast jeder Nummer der 'Holzarbeiter-Zeitung' erscheinen, reden eine beredte Sprache von der Pflichterfüllung und den Leistungen der deutschen Holzarbeiter in diesem Kriege.

Der Stellungskrieg, der nunmehr über ein Jahr dauert, zwingt ungeheure Heeresmassen zum Kampieren in Gebieten, wo menschliche Behandlungen seither nicht existierten oder durch das Feuer der Geschütze dem Erdboden gleichgemacht, vernichtet sind.

Spätere nachgebrachter Satz: 'Im Felde, da ist der Mann noch was wert' gilt im Stellungskriege insbesondere für Holzarbeiter. Nur allzu häufig heißt es beim Ausbau einer neuen Stellung, sich mit den denkbar primitivsten Mitteln zu behelfen.

In den ersten Monaten des Stellungskrieges war gar oft nur ein Beil oder eine Hand- oder Raumlage das einzige Werkzeug für eine Batterie oder Infanteriekompanie. Da mußten die Holzarbeiter oft recht fündig sein, um etwas Brauchbares zuwege zu bringen, zumal es oft galt, recht rasch zu arbeiten.

Wenn reichlich Wald und somit Holz vorhanden ist, so macht es ja keine besonderen Schwierigkeiten, das Feuer der Wohn- und Unterstandsbauten möglichst einwandfrei zu erstellen.

Es braucht nicht lange begründet zu werden, daß die Stimmung der Truppen, die in einem möglichst behaglichen Raum hausen, besser ist, als wenn sie in kalten, ungemütlichen und unpraktisch angelegten und eingerichteten Räumen leben müssen.

Es ist oft erstaunlich, wieviel praktisches Können und Schönsinn da zu finden sind, obwohl meist nur primitive Mittel zur Verfügung stehen.

Bei den Mannschaften können auch Metallarbeiter, Bauarbeiter, Bauernsöhne, Landarbeiter, Bauern, Bauernknechte und Angehörige anderer Berufe sich, wenn nötig, Unterkunftsräume errichten; Offiziere würden, wenn sie in dieser Hinsicht auf sich selbst angewiesen wären, völlig versagen.

Im Stellungskriege finden außerordentlich viel schwere Geschütze, zum Teil älterer Art, bei denen zum Schießen Bettungen nötig sind, Verwendung. Beim Legen dieser Bettungen, wo es mit Richtigkeit und Wasserwaage hantieren heißt, bewährten sich gleichfalls die Holzarbeiter ganz besonders.

Auch hinter der Front machen sich die Holzarbeiter in hohem Grade nützlich. Zum Beispiel beim Bau von Holzbrücken, die vielfach an Stelle zerstörter Eisen- oder Steinbrücken errichtet werden, und bei der Einrichtung der Etappenlager.

Wenn einst die Geschichte dieses furchtbaren Krieges geschrieben wird, dann darf nicht vergessen werden, die Tätigkeit und das Wirken der Holzarbeiter während zu würdigen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Das Bureau des Gauvorstandes für den Gau Danzig befindet sich ab 23. März in Zoppot bei Danzig, Heinrichsallee Nr. 15. Alle Korrespondenzen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Der Gauvorstand. J. L. Aug. Siefeld.

Die Zentralkommission der Stellmacher im Jahre 1915.

Es waren im Berichtsjahr nicht geringe Schwierigkeiten, die unserem zentralen Zusammenarbeiten durch die Kriegszeit erwachsen sind. Durch die fortgesetzten Einziehungen zum Heeresdienst entstanden nicht nur für die Zentralkommission selbst, sondern auch in den Sektionen Läden, deren Ausfüllung nicht immer in der gewünschten Weise erfolgen konnte. Trotzdem hat sich der schriftliche Verkehr den Verhältnissen entsprechend als zufriedenstellend erwiesen, wenn auch ein merklicher Rückgang im Vergleich zu früheren Jahren eingetreten ist.

Die Zentralkommission hatte vor Ausbruch des Krieges eine Umfrage über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Waggonfabriken veranstaltet. Unter dem Eindruck der Ereignisse wurde die Bearbeitung zurückgestellt, und erst am Anfang des Jahres wurde das Ergebnis festgestellt. Die tabellarische Zusammenstellung ist den Sektionen in je einem Exemplar zugegangen und in der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 22, Jahrgang 1915, sind die wichtigsten Punkte hervorgehoben und besprochen worden, so daß sich ein weiteres Eingehen darauf erübrigt.

Um über den Stand der Verhältnisse im allgemeinen unterrichtet zu sein, wurden in der Mitte des Berichtsjahres wiederum Fragebogen ausgegeben. Daraus ging hervor, daß in unserer Branche durch die Kriegsindustrie eine beispiellos gute Konjunktur herrschte und fast an allen Orten mit Ueberstunden gearbeitet wurde. Soweit tariflich festgesetzte Lohn erhöhungen einzutreten hatten, wurden diese ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt. Anders gestaltete sich die Durchführung der Kriegs- oder Teuerungszulagen. In neun Orten waren solche abgelehnt mit dem Hinweis, doch mehr Ueberstunden zu machen und dadurch den gewünschten Mehrerwerb zu erzielen. Ein weiterer Beweis dafür, daß lange Arbeitszeiten nicht geeignet sind, zur Erhöhung der Löhne beizutragen. Trotzdem soll nicht verkant werden, daß die Löhne eine Steigerung erfahren haben, die aber selbst in der vielgerühmten gutbezahlten Kriegsindustrie bei weitem nicht mit der Steigerung der Lebensmittelpreise auch nur annähernd Schritt gehalten hat.

Der Arbeitszeitverkürzung scheinen die Verhältnisse wenig günstig gewesen zu sein, denn es sind uns Nachrichten darüber mitgeteilt worden. In allen Orten mit größeren Wagenbaubetrieben wurde hervorgehoben, daß die Beschäftigung von Tischlern infolge des Mangels an Stellmachern in der Zunahme begriffen sei. Ueber die näheren Einzelheiten verweisen wir auf Nr. 29 der Holzarbeiter-Zeitung, Jahrgang 1915.

Alles in allem können die Dinge wenig befriedigen, und es wird der tatkräftigsten Organisationsarbeit bedürfen, um die Lebenslage unserer Kollegen zu bessern. Dazu mitzuhelfen, sollten alle Kollegen und Sektionen ihre ganze Kraft einbringen. Der Mithilfe der Zentralkommission sind sie sicher.

Die Zentralkommission hat sich neu konstituiert und sind alle Zuschriften und Anfragen an untenstehende Adresse zu richten.

Zentralkommission der Stellmacher.

Friedrich Müller
Berlin N. 28, Schönholzerstr. 10.

Korrespondenzen.

München. „Münchener Schreinerwerkstättenverband“ bezieht sich eine neue Gründung im Münchener Schreiner-gewerbe, welche den Zweck verfolgt, bei großen staatlichen und gemeindlichen Aufträgen eine Beteiligung auch der kleinen Betriebe zu ermöglichen. Von den sieben Vereinigungen im Münchener Holzgewerbe sind der neuen Gründung sechs beigetreten, nur die kleinste hält sich von dem Vereinigungsverband fern. Hoffentlich trägt die Neugründung dazu bei, daß in Zukunft bei Submissionen keine derartigen Blößen aufstehen, wie speziell in letzter Zeit bei gemeindlichen und staatlichen Aufträgen. Ist es doch vorgekommen, daß bei der Submission zur Vergabe der Inneneinrichtungen am Holzkircher Bahnhof eine Münchener Firma für Los VII 3205,48 Mk., eine andere Münchener Firma für das gleiche Los 14 490 Mk. verlangte. Beide Firmen zählen keineswegs zu den schlechtesten. Wenn man den Preisunterschied betrachtet, kommt man unwillkürlich zu dem Ausruf: „Höher geht's wohl nimmer!“

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

In Dortmund wurde auf eine Eingabe an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und an die Tischler-Innung in Sachen Teuerungszulage von diesen Arbeitgeberorganisationen folgender Beschluß gefaßt: Die Gesellen in den Schreinerbetrieben, so weit die Stadt Dortmund in Frage kommt, erhalten ab 15. März 1916 zu den bestehenden Tariflöhnen eine Kriegsteuerungszulage von 6 Pf. pro Stunde, so lange der Krieg dauert.

In Stehrügge haben auf das Vorgehen unserer Kollegen hin die Arbeitgeber der Fischkorbbranche eine Teuerungszulage zugestanden. Dieselbe beträgt auf 200 Pf.-Körbe 8 Pf., auf 150 Pf.-Körbe 7 Pf. und auf 100 Pf.-Körbe 5 Pf. pro Korb. Hierdurch erzielen die Kollegen einen Mehrerwerb von 2,50 Mk. bis 3 Mk. wöchentlich.

In Geesthacht ist die Verwaltung an die Tischlermeister herangetreten, in Anbetracht der Teuerung die Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen. Dem Wunsch der Kollegen ist allerdings nur teilweise entsprochen, indem die Arbeitgeber beschlossen haben, eine Zulage von 5 Pf. einzutreten zu lassen.

In Schmöln richtete die Organisationsleitung an sämtliche Firmen der Knopf- und Bürstenbranche eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage in der Höhe von 3 Mk. für verheiratete Arbeiter und 2 Mk. für unverheiratete sowie für Arbeiterinnen. Dieses Gesuch wurde a b-

Lehrend beschließen mit der Begründung, daß es den Fabrikanten angesichts der mislichen Lage der deutschen Industrie im allgemeinen, und der Knopfindustrie im besonderen leider für jetzt unmöglich sei, dem Wunsche auf Teuerungszulagen nachzukommen, trotzdem sie sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß durch die Teuerung auch die Arbeiterschaft hart betroffen wird. Sollte sich während des Krieges die Lage der Steinnußknopfindustrie noch bessern, was sie hoffen, wollen sie der Frage einer Teuerungszulage wieder näher treten und sie in wohlwollende Erwägung ziehen. Angefligt war hierbei noch, diesen Bescheid nicht als Ausfluß der Willkür, sondern als eine für die Fabrikanten zwingende Notwendigkeit zu betrachten. Dieser Bescheid bedeutet zugleich die Ablehnung einer Zulage für die Arbeiterschaft der Hornknopfbranche, weil diese im Lohnverhältnis etwas günstiger steht als die in der Steinnußknopfbranche. In der Hornknopfbranche ist aber auch nicht alles ippig zu nennen; so wäre z. B. bei der Verarbeitung von Schnißel und Hülsen eine Aufbesserung ganz gut am Platze. Die Enttäuschung über die Absage war für die Arbeiterschaft um so größer, als die Verdienste durch die ungünstige Geschäftslage lange Zeit recht niedrig waren. Wenn auch nicht verkant werden soll, daß für die Arbeitgeber die Lage ebenfalls eine schwierige war, so hätte aber bei etwas gutem Willen ein Zugeständnis sich doch wohl möglich machen lassen, zumal doch auch Kriegslieferung gefertigt worden ist.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Der Jahresbericht der Zahlstelle München bringt einleitend einen längeren, warm empfundenen Nachruf für den verstorbenen Gauvorsteher, den Kollegen Anton Raith, der sich besonders auch um die Zahlstelle München große Verdienste erworben hat. Ein Bild des Verstorbenen ist dem Bericht vorgeheftet. — Bemerkenswert ist das Ergebnis, welches die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen in München hatte. Gelegentlich des Berichtes über den Arbeitsnachweis wird mitgeteilt, daß der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend war, und in der zweiten Hälfte des Jahres konnten die offenen Stellen wegen Mangels an Arbeitslosen bei weitem nicht mehr besetzt werden. Die Schreinerereien hatten reichlich Aufträge für Militärarbeiten, und außerdem hatte die „D. P. r. u. h. i. l. f.“ Arbeitsgelegenheit gebracht. Dieses Werk, es handelt sich bekanntlich um große Summen, die in München aufgebracht und dazu verwendet wurden, dort Möbel für Ostpreußen herzustellen, hat in der Folge viel Beachtung gefunden. Hierbei ist aber seines Ursprunges in der Regel nicht gedacht worden. Es mag deshalb hier noch einmal daran erinnert werden, daß es sich um ein Werk unseres Kollegen Raith handelt. Von ihm ging der Plan aus, mit der Unterstützung des verwirklichten Ostpreußen die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für das Münchener Schreinerergewerbe zu verbinden. Und seiner Tatkraft war es zu danken, daß der Plan so erfolgreich durchgeführt wurde. Auch sonst hat sich Raith in ganz hervorragendem Maße um die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bemüht. Man hätte deshalb erwarten dürfen, daß die Unternehmer sich für die Hilfe, die ihnen von dem Vorsitzenden der Arbeiter gewährt worden war, ihren Arbeitern gegenüber erkenntlich zeigen würden. Aber Dankbarkeit ist eine Tugend, die keinen Profit bringt, und so konstatiert der Münchener Bericht, daß nur wenige Firmen eine Teuerungszulage gewährten. Insgesamt erhielten 334 Mitglieder eine Zulage von 2 bis 5 Pf. die Stunde. Die Münchener Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe bilden eine Gruppe des Münchener Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der seinerseits wieder dem Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe angeschlossen ist. Die bekannte Politik dieser Organisation, welche Teuerungszulagen als vertragswidrig erklärte und ihren Mitgliedern bei Strafandrohung die Gewährung solcher Zulagen verbot, betrachteten die Münchener Unternehmer des Holzgewerbes als für sich maßgebend. Ein Gesuch, das unsere Verwaltung am 29. Juli stellte, wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Nachdem die Zentralvorstände des Holzgewerbes am 12. Oktober zu der Frage der Teuerungszulagen Stellung genommen und deren Gewährung empfohlen hatten, fand am 10. Dezember in München eine gemeinsame Sitzung statt, in welcher die Meistervertreter versprochen, in der Vollversammlung der Meisterschaft für die Gewährung einer Teuerungszulage von 2 Mk. wöchentlich einzutreten. Der vorliegende Bericht kann über das Ergebnis dieser Versammlung, die erst im neuen Jahre tagte, noch nichts mitteilen, doch ist uns bekannt, daß die Meister beschloßen, an der Ablehnung von Teuerungszulagen festzuhalten! — Die Zahlstelle hatte zu Beginn des Jahres 1915 insgesamt 3118 Mitglieder, darunter 393 weibliche und fünf jugendliche. Bis zum Jahresluß waren 1930 zum Militär eingezogen, Ende 1915 betrug die Mitgliederzahl noch 2296, darunter 422 weibliche und vier jugendliche.

Die kleinen Diebe hängt man.

Der Obermeister der Tischlerinnung in Schönebeck a. d. Elbe, Herr Wilhelm Möhring, hatte kürzlich beim Landgericht Magdeburg einen kleinen Verdruß; seine Geschäftstätigkeit wurde übel belohnt. Zu Beginn des Krieges übernahm Möhring die Lieferung von 650 Lazarettbetten, die von den Innungsmitgliedern für den Preis von 6 Mk. pro Stück angefertigt wurden. Seinem Ersuchen, den Preis auf 6,50 Mk. zu erhöhen, da die Meister mit 6 Mk. nicht auskommen könnten, gab die Behörde statt. Möhring schob aber die Zulage von 50 Pf. pro Stück in die eigene Tasche und zog überdies den Meistern 2 Prozent für Diskont und 2 Prozent für Unkosten ab. Als die Schönebecker Meister von dem Geschäftsniff ihres Obermeisters Kenntnis erlangten, wurden sie böse. Sie mißgönnten ihm sein Trinkgeld und verklagten ihn auf Herausgabe von 50 Pf. pro Bettstelle. Möhring wurde verurteilt, mußte zahlen und wurde überdies von der Innung seines Amtes als Obermeister entsetzt. In seinem Unglück erhielt auch noch der Staatsanwalt Kenntnis von Möhrings Geschäftsniff, und das trug ihm am 13. März eine

Wochen Gefängnis und 500 Mark Selbststrafe wegen Untreue und Unterschlagung ein.

Herr Wilhelm Möhring ist ein rechter Pechvogel; sein Kriegsgewinn war nur ein Nasenwasser, und dafür ist er so arg hereingefallen. Andere seines Schlages, die es schlaumer anfassend, verdienen ganze Vermögen an solchen Militärlieferungen und gelten nach wie vor als Ehrenmänner. So beispielsweise der Stuttgarter Möbelfabrikant Fabrikant, dessen Namen leider die Zeitungen schamhaft verschweigen. Er übernahm die Lieferung von 10 000 Tornistern zum Preise von 38 Mk. das Stück und übergab den Auftrag an eine Frankfurter Firma der Lederbranche, die ihm pro Tornister 1,50 Mk. zahlen mußte. Damit waren im Handumdrehen 15 000 Mk. verdient.

Der Frankfurter Großunternehmer ließ aber die Tornister auch noch nicht im eigenen Betrieb anfertigen, sondern er übertrug den Auftrag einem kleinen Portefeuliefabrikanten, den er gehörig übers Ohr hieb. Diesem letzteren, dem es an Geld und Kredit mangelte, verschaffte sein Auftraggeber beides, natürlich mußte der Kleine die Kosten und überdies 7 Prozent Zinsen zahlen. Außerdem mußte er seinem großmütigen Geschäftsfreund für jeden abgelieferten Tornister 4,25 Mk. zahlen. Aber nicht nur für die fragliche Lieferung, sondern für jeden Tornister, den er lieferte, gleichviel, woher er den Auftrag erhält. Schließlich mußte er auch noch die 1,50 Mk. für den Stuttgarter Möbelfabrikanten aus der Arbeit herauschinden. Das Ende vom Liede war, daß er, statt Gewinn zu erzielen, mit Verlust arbeitete. Er rief das Gericht an, und die Kammer für Handelsachen verurteilte den Frankfurter Großfabrikanten zur Herausgabe eines erheblichen Teiles seines Profites. Strafrechtlich verfolgt wurde in dem Fall keiner der profitstüchtigen Zwischenunternehmer, die ja lediglich die Konjunktur ausnützten. Betrogen sind bei solchen Geschäften die Militärbehörde und die Steuerzahler. Bei der Ueberausrüstung auch noch die Soldaten, die durch minderwertige Ausrüstungsstücke mitunter in schlimme Verlegenheit geraten.

Eine dankbare Aufgabe wäre es, wenn einmal das ganze Militärlieferungs-geschäft einer gründlichen Nachprüfung unterzogen würde. Meist sind es nur verhältnismäßig kleine Sünder, deren Schiebung durch irgendeinen unvorhergesehenen Umstand an die Öffentlichkeit kommen. Würden die mehr oder weniger krummen Wege offenbar, auf welchen die ungezählten Millionen an Kriegsgewinnen „verdient“ wurden, dann würde vermutlich ein grauenerregender Sumpf offengelegt werden. Die glücklichen Kriegsgewinner haben aber eine solche durchgreifende Untersuchung nicht zu fürchten. Man wird sich damit abfinden müssen, daß nur gelegentlich ein kleiner Zipfel von dem Vorhang gelüftet wird, hinter welchem sich eine Unmenge von Unsauberkeit und Stank verbirgt.

Gewerkschaftliches.

Tarifverträge im Stuckgewerbe. Die ehemals selbständige Organisation der Stuckateure und Gipser ist zwar mit dem Bauarbeiterverband verschmolzen, doch unterstehen die Stuckateure und Gipser nicht dem Reichstarif für das Baugewerbe, sondern besonderen Verträgen, von denen am 31. März d. J. rund 80 ablaufen. Von diesen ablaufenden Verträgen sind 25 mit dem Verband der Gipser, Stuckateur- und Verputzmeister Süddeutschlands, Eiz Karlsruhe, abgeschlossen, während für 19 Verträge der Rheinisch-Westfälische Stuckgewerbeverband, Eiz Düsseldorf, zuständig ist. Für die süddeutschen Verträge gilt die Bestimmung, daß drei Monate vor Ablauf des Vertrages Verhandlungen zu beginnen haben. Dem bis zum 1. Februar 1916 eine Einigung nicht erzielt ist, soll der Vorsitzende des zentralen Schiedsgerichts den Abschluß eines neuen Vertrages anbahnen. Auf Grund dieser Bestimmung hat der Bürgermeister von Durlach, Dr. Zierau, der in seiner früheren Eigenschaft als Stadtrat in Karlsruhe im Jahre 1913 die Verhandlungen geleitet hat und zum Vorsitzenden des Schiedsgerichtes ernannt wurde, die Parteivertreter auf den 29. Februar nach Durlach geladen. Eine Einigung kam aber nicht zustande, weil die Unternehmer erklärten, erst abwarten zu wollen, bis die Verhandlungen im Baugewerbe zum Abschluß gekommen sind. Dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes bleibt es überlassen, eine weitere Sitzung anzuberaumen. Für die Verträge in Rheinland-Westfalen sollen am 13. März die Verhandlungen in Düsseldorf beginnen.

Der Buchbinderverband zählte am Schluß des Jahres 1915 17 005 Mitglieder, von denen 10 722 weibliche waren. Vor Ausbruch des Krieges hatte der Verband 32 381 Mitglieder, darunter 15 968 weibliche. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresluß 961 490 Mk.

Der Verband der Kupferschmiede hielt am 20. Februar in Berlin eine Konferenz des Zentralausschusses, des Vorstandes und der Bezirksleiter ab, die sich mit einigen wichtigen Verbandsangelegenheiten beschäftigte. Im Hinblick auf die in der ersten Zeit nach Beendigung des Krieges zu erwartende große Arbeitslosigkeit wurde beschlossen, nötigenfalls zunächst eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, in zweiter Linie würde eine mäßige Kürzung der Krankenunterstützung in Betracht kommen. Dem Ausbau der paritätischen Arbeitsnachweise soll besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die bestehenden Bezirksnachweise sollen Hand in Hand arbeiten, und der Zentralvorstand soll als Zentralfstelle für die Unterbringung der Arbeitslosen fungieren. Die Unterstützung der Familien der Eingezogenen betrug seither 4 Mk. pro Monat und 2 Mk. für jedes Kind. Die Kosten wurden durch Extrabeiträge aufgebracht. Nunmehr wurde beschlossen, den Extrabeitrag in Mindesthöhe von 50 Pf. obligatorisch zu machen, die Unterstützung aber auf 5 Mk. monatlich und für jedes Kind 1 Mk. herabzusetzen, doch sollen die Familien der später Eingezogenen die Unterstützung fünf Monate lang in der bisherigen Höhe erhalten. An Stelle des kürzlich verstorbenen Vorsitzenden Gaupe war schon vorher durch Vorstand und Ausschuß der seitherige zweite Vorsitzende Pecht gewählt worden. Die Konferenz wählte zum zweiten Vorsitzenden Rebe-Preuden. Die Gehälter aller Verbandsangestellten wurden mit Wirkung vom 1. Oktober 1915 ab um 10 Prozent erhöht.

Ein unpraktischer Mensch.

Bei der herrschenden Fleischnot, die im engsten Zusammenhange mit dem Mangel an Kraftfuttermitteln steht, haben die Versuche, billige Kraftfuttermittel herzustellen, auch für weitere Kreise Interesse. Im Berliner Institut für Vögelzucht...

Bei dieser praktische Vorschlag, tierische Abgangsstoffe schnell und billig in hochwertige Futtermittel zu verwandeln, verblüffend und wunderbar, so muten die folgenden Sätze des Professors Lassar-Cohn erst recht merkwürdig an.

Mitbürger ihr Leben für das Reich einsehen, einem Bürger, der wegen Alters zu Hause geblieben ist, nicht anstehen, aus einem Gedanken auf einem Gebiete geldlichen Vorteil ziehen zu wollen, mit dem die Ernährung des Volkes so eng verknüpft ist.

Das sind Worte, die in einer Zeit, in welcher Millionen an Kriegsgewinnen eingeheimst werden, und darunter recht viele auf unredliche Art, ganz sonderbar klingen.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Derbe Möbel Ländlichen Gepräges führt das soeben erschienene Märzheft des Fachblattes seinen Lesern vor, wobei ostpreussischer, oberbairischer und niederdeutscher Geschmack miteinander wetteifern.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1,20 M. pro Vierteljahr von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, zu beziehen.

Kosmos. Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Grandsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Die Monatshefte des „Kosmos“ bringen regelmäßig eine Menge Artikel und Notizen aus den verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften in populärer Darstellung.

Die Verforgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen. Zweite, verbesserte Auflage. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Die neue Auflage dieser Broschüre berücksichtigt auch die jüngsten Bundesratsbestimmungen, welche nicht unwesentliche Verbesserungen der seither geltenden Bestimmungen gebracht haben.

„Dokumente zum Weltkrieg“. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin.

Als XIII. Heft dieser Sammlung ist soeben „Das deutsche Weib im Krieg“ (Ergänzungsheft), 1. Teil, erschienen. Preis 50 Pf. Es enthält die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der 2. Teil dieses Ergänzungsheftes erscheinen.

gestorbene Mitglieder. Thomas Brodersen, Tischler, 48 J., gest. in Jüterburg. Anna Schmidt, Stuhlflächterin, 56 J., gest. in Rabenau.

Tischlergesellen stellt ein für dauernde Beschäftigung Möbelfabrik A. Wylins, Stargard in Pommern.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner, Beizer und Fertigmacher sowie ein Holzfräser und zwei Stuhlmacher finden sofort dauernde Stellung für seine Arbeiten bei Gewährung von Teuerungszulage.

Mehrere tüchtige Möbeltischler für seine furnierte Arbeiten stellt ein Kunsttischlerei Hirschwald, Weimar, Buchartenstr. 11.

San- und Möbeltischler, Beizer und Bürstenholzkohler werden gesucht von Zehlfelle Magdeburg, Gr. Storchstr. 7.

Tischler, Polierer, mehrere tüchtige, für dauernde Beschäftigung gesucht. Grätia, Steinweg Nachf., Pöppanofertefabrik, Braunschweig.

Tüchtige Tischler für Bau und Möbel finden sofort Stellung. Hermann Breschke, Bad Salzburg.

Holzwarenfabrik, dieses jährlich mehrere Millionen einfache gelbbräunliche, angesehene Durchmesser 45 mm, dicker Durchmesser 25 mm, Stärke 12 mm, aus bestem Holz, das sich nicht verändern darf, liefern kann, wird um Adresse gebeten unter H. R. 427 an die Expedition dieser Blattes.

Stuhlbauer Polierer Holzdrehler sofort gesucht. 10 bis 20 Proz. Zuschlag auf Friedenspreise. Meldungen an Erzgebirgische Holzindustrie Aktiengesellschaft, Brand-Erbisdorf bei Freiberg in Sa.

Tüchtiger Stuhlbauer und Möbeltischler für gute Möbel werden auf dauernd gesucht. Sarsfelder Werkstätten (Heinrich Dreher), Sarsfeld (Hannover).

Zum sofortigen Eintritt werden ein tüchtiger Maschinengrundierer sowie auch ein Kastengrundierer gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an A. Stämmer, Keiltenfabrik, Kempen (Allgäu).

Drehler gesucht, vollständig militärisch (auch Kriegsbeschädigter), für Zigarrenspinnbranche. 25 Beschäftigte. Derselbe muß den Chef vertreten können.

Mehrere Holzdrehler sucht Holzwarenfabrik Hans L. Jind, Mühlberg i. Thür. Gesucht ein Holzdrehler auf Hinkenstühle (Fußbetrieb). S. Kohnen, Drehlermeister, Reulstorf (Hannover).

Einen Drehler für dauernde Arbeit sucht Stuhlfabrik Niederoberrisch bei Freiberg in Sachsen.

Tüchtiger Werkmeister für die Spezial-Schirmbranche sofort gesucht. Oskar Kochell Nachf., Cassel, Mollstr. 5. Ein Feller und Schleifer nach Magdeburg verlangt. Sieger, Kreisappler, Feller und Einleger nach Cassel verlangt. Dauernde Arbeit.

Zentralarbeitsnachweis für die Stadt, Raum- und Schirmindustrie, Berlin SO. 16, Kungelstraße 30.

Zwei tüchtige Korbmacher auf Konserventröbe, runde 2, Lohn 60 Pf., stellt sofort noch ein. Fritz Kammrath, Korbmachermeister, Osterburg (Altmark).

3 Korbmacher auf Grängegeschlagen in dauernde Stellung und höchsten Löhnen sucht Zehlfelle Bungen in Sachsen, Arbeitsnachweis Betrücker 1.

Korbmacher auf Grün, Gematt und Geschlagen, 25 Proz. Tarifzuschlag, Berliner Körbe 94 Pf. Lohn, Holz gut zugerichtet, stellen jederzeit ein. Gebr. Beiter, Köhlschneiderei bei Dresden.

10 Korbmacher für sofort gesucht auf Geschloßkörbe, 15er Langgranaten und auf Mattarbeit. Lohn nach Tarif. Wilh. Sandau, Gardelegen (Altmark). Stelle noch Korbmacher auf Geschloßkörbe ein. B. Fittchen, Gestemünde, Paschstr. 47.

10 Korbmacher auf Minentörbe stellt ein. Wohlfad & Co., Barmen.

Korbmacher! 15 Gehilfen auf Geschloßkörbe, Munitionskörbe 98 und Langgranaten gesucht. Wir zahlen auf Grängegeschlagen und Mattarbeit den tarifmäßigen Lohn und 25 Prozent Teuerungszulage. Hermann Kühn, Köhlschneiderei bei Dresden.

Tüchtige Korbmacher für Geschloßkörbe werden eingestellt. Theodor Reimann, Agl. Hoflieferant, Dresden-N., Königsstr. 3.

2 Korbmacher für geschlagene Arbeit sofort gesucht. Lohn nach Reichstarif. Wilh. Wader, Bremen, Herdentorsteinweg 43. Suche noch vier Korbmacher auf runde Geschloßkörbe. Bernh. Frihsche, Korbmachermeister, Reichen a. Elbe.

10 bis 15 Korbmacher auf 66er und Ringkörbe aus Weiden verlangt. Schulz, Berlin, Charitéstr. 3.

Baritätliche Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Baumtischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Beizer, Drehler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herzfeld, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Bor. Woche.

NB. Kapere Mitglieder sind verpflichtet, nur den persönlichen Arbeitsnachweis zu benutzen.